



Freitag, 22. November 1974

Blatt 2837

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Katastrophenübungsalarm ein voller Erfolg
Wiener Landtag beschließt Garagengesetz
Wiener Gemeinderat
FDP-Fraktionsführer im Wiener Rathaus

Lokal:
(orange)

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:
Wasserrohrarbeiten in der Klosterneuburger Straße
Glatteis in Wien
Fremdenverkehrsenquête im Rathaus

Kultur:
(gelb)

Ehrennische für Helene Thimig

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14 bis
17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

l o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

wasserrohrarbeiten in der klosterneuburger strasse

1 wien, 22.11. (rk) in der kommenden woche, voraussichtlich am montag, beginnen in der klosterneuburger strasse zwischen gaussplatz und wolfsaugasse rohrverlegungsarbeiten der wiener wasserwerke, die etwa drei monate waehrend werden. der durchzugsverkehr in der klosterneuburger strasse muss dadurch in richtung von der wallensteinstrasse zum gaussplatz auf die route wolfsaugasse - treustrasse verwiesen werden. der verkehr in der gegenrichtung kann in gewohnter weise durch die klosterneuburger strasse gefuehrt werden.

0942

glatteis in wien

2 wien, 22.11. (rk) der in der nacht zum freitag in ganz wien einfallende bodennebel verursachte bei null grad glatteis. vor allem am suedlichen stadtrand wiens wurde stellenweise gefaehrliche strassenglaette registriert. die stadtreinigung fuhr mit sieben streufahrzeugen aus und bannte die unfallsgefahr.

1022

/

L o k a l :

=====

fremdenverkehrs-enquete im rathaus

wien, 22.11.(rk) im wappensaal des wiener rathauses er-
oeffnete donnerstag die praesidentin des fremdenverkehrsverbandes
fuer wien, vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h -
s a n d n e r , eine enquete ueber grundlagen-entwicklung-prognosen
des tourismus in wien. wie die praesidentin in ihrer eroeffnungs-
ansprache betonte, sei diese enquete und die bereits vorangegangene
arbeit der sechs fremdenverkehrsarbeitskreise vom wiener fremden-
verkehrsverband initiiert worden, um nach einer gruendlichen stand-
ortbestimmung bzw. abschaetzung der vorhersagbaren entwicklung zu
einem wirksamen fremdenverkehrskonzept fuer wien zu gelangen. als
bereits jetzt erkennbare schwerpunkte der kuenftigen fremden-
verkehrsarbeit nannte frau froehlich-sandner die intensivierung des
angebotes in den sommermonaten, vor allem auf kulturellem sektor,
die staerkere hinwendung zum inlaendischen gast als zielgruppe und
schliesslich die attraktivierung wiens fuer junge leute.

Landesfremdenverkehrsdirektor senatsrat dr. k r e b s , wies
in seinem kurzreferat darauf hin, dass sich schon in der jueng-
sten vergangenheit eine intensivierung der zusammenarbeit zwischen
dem fremdenverkehrsverband und den kommunalen institutionen bemerk-
bar gemacht habe. diese angestrebte und im sinne des fremdenverkehrs-
verbandes wuensenschwerte mitsprache der fremdenverkehrsverant-
wortlichen bei allen von der kommunalen seite geschaffenen fremden-
verkehrsrelevanten massnahmen, setze aber fuer die fremdenverkehrs-
vertreter erst recht entscheidungsgrundlagen, wie die heute zu er-
arbeitenden, voraus.

im ersten teil der tagung referierten die leiter der sechs ar-
beitskreise die von diesen arbeitskreisen erarbeiteten vorschlaege
und richtlinien. zu beginn erklaerte der leiter des arbeitskreises 1
- 'bedeutung des fremdenverkehrs fuer wien'- , univ.-prof. dr.
paul b e r n e c k e r , dass man einerseits die bedeutung des
fremdenverkehrs fuer wien nicht ueberschaetzen duerfe, andererseits
doch bestrebt sein muesse, durch die forcierung etwa der guten

erreichbarkeit, natuerliche nachteile, wie die geographische randlage, auszugleichen bzw. sich bereits als erfolgreich erweisende ansatzpunkte, wie die entwicklung wiens zur kongresstadt, zu intensivieren.

der leiter des fuer verkehrsfragen zustaeendigen arbeitskreises 2, dipl.-ing. othmar l u c z e n s k y , wies auf konkrete verbesserungsmoeglichkeiten, wie etwa die einraeumung von lande rechten fuer auslaendische fluggesellschaften, hin.

anregungen zur attraktivierung wiens boten der leiter des ausschusses nr. 3, botschafter dr. h a r t l , und in seiner vertretung dr. p f a n n . unter anderem regten sie die staerkere bespielung der wiener theater in den sommermonaten, verstaerkte werbung fuer die kunstschaetze der wiener museen, schaffung neuer typischer wiener geschenkartikel sowie das aufgreifen der vom kulturamt der stadt wien bereits angebotenen verstaerkten kooperation im hinblick auf jugend- und familientourismus, an.

der referent des arbeitskreises 4, kommercialrat josef f r o e h l i c h , wies in seinem referat vor allem auf die notwendigkeit der harmonisierung von angebot und nachfrage im inland, aber auch mit dem angebot der konkurrenzlaender, hin. weiters betonte kommercialrat froehlich die notwendigkeit der verbesserung der dienstleistungen und forderte eine steuerliche entlastung der unternehmer in der uebernachtungs- und gastgewerbebranche. kommercialrat froehlich warnte auch vor der seiner ansicht nach drohenden schaffung einer touristischen ueberkapazitaet.

im gegensatz hierzu bemerkte der vorsitzende des fuer kongressfragen zustaeendigen arbeitskreises 5, kommercialrat leopold m i l l w i s c h , dass bei der ungeheuren bedeutung, die wien als kongress- und uno-stadt fuer den fremdenverkehr zukomme, eine steigerung der bettenkapazitaet und des sonstigen serviceangebotes notwendig sei. schon jetzt ergebe sich das problem, dass grosse kongresse nur ausserhalb der starken touristenmonate durchfuehrbar seien, weil es sonst zu kollisionen kommen muesse. da wien sich auf dem sektor des kongress- und konferenzwesens erfreulicherweise trotz staerkster internationaler konkurrenz eine gute position erringen

konnte und durch die schaffung der neuen uno-zentren in wien dieser positive trend voraussichtlich noch verstaerkt werden wird, sei hier eine grundlegende eigene untersuchung ueber die erforderlichen planungen und massnahmen dringend noetig.

als letzter arbeitskreisleiter referierte kommerzialrat otto s c h e i n e r zur frage der fremdenverkehrswerbung. als leitlinien fuer die kuenftige fremdenverkehrswerbung empfahl er namens seines arbeitskreises die schaffung von zielgruppen, wie etwa ''junge wien-besucher'' und ''inlaendische besucher''. vor allem auf dem inlandsektor sei noch ein grosses besucherpotential zu erschliessen, wenn es der werbung gelaenge, eine erscheinung zu durchbrechen, die man international beobachten koenne: das negative image, das die jeweilige hauptstadt im restlichen landesgebiet oft habe. in einer zeit des wachsenden druckes sei es ausserdem unumgaenglich, diese werbung nur mehr von vollprofis durchfuehren zu lassen und damit von einer in der vergangenheit nicht nur in wien, sondern auch ansonsten oft geuebten amateurwerbetradition abzugehen.

im mittelpunkt der anschliessenden diskussion stand u.a. die anregung, in wien im sommer mehr theaterveranstaltungen zu bieten sowie ein vorschlag, die werbung fuer die an und fuer sich sehr attraktiven touristischen angebote der wiener verkehrsbetriebe, wie die tagesnetzkarten, zu intensivieren, etwa nach dem vorbild des london transport board. zur erschliessung wichtiger neuer touristenmaerkte, wie etwa des japanischen, wurde von diskussionsteilnehmern die schaffung neuer direkter flugverbindungen angeregt. besonderes interesse fand auch der von direktor a u e r aufgezeigte aspekt, wien in zukunft vermehrt auch als kur- und erholungsstadt anzubieten.

zum abschluss der fremdenverkehrsenquete erklarte die praesidentin des fremdenverkehrsverbandes, dass sich ein teil der forderungen, die auf dieser enquete laut wurden, bereits im stadium der verwirklichung befinde. so sei mit dem zustaendigen ressortminister w e i h s und dem derzeitigen leiter der spanischen hofreitschule, oberst a l b r e c h t, vor kurzem eine vereinbarung getroffen worden, nach der ab kommenden sommer die spanische hofreitschule zusaetzliche vorstellungen zur

bedeckung des bedarfes veranstalten wird. auch die immer wieder geforderte spezielle information fuer junge wien-besucher sei in form eines spezialprospektes bereits in vorbereitung. dasselbe gelte fuer einen 'shopping guide'. ebenfalls geplant sei eine umfassende untersuchung ueber das inlaendische besucherpotential. eine reihe der anderen anregungen, die im namen der enquete gemacht wurden, werde man selbstverstaendlich in das zu erarbeitende fremdenverkehrs-konzept fuer wien aufnehmen.

+++

k o m m u n a l :

=====

katastrophenuebungsalarm ein voller erfolg

3 wien, 22.11. (rk) umweltstadtrat peter s c h i e d e r , der donnerstag abend im wiener rathaus einen katastrophenuebungsalarm ausloeste, um festzustellen, wie rasch funktionaere und beame der stadtverwaltung, sowie rettung, feuerwehr und bundesheer im ernstfall reagieren wuerden, war mit dem ueberraschend guten ergebnis zufrieden.

es wurde von der annahme einer krisensituation in wien ausgegangen und der uebungsalarm lief wie folgt ab:

donnerstag, 18.43 uhr: waehrend der diensthabende offizier der feuerwehr, oberbrandrat abules ueber die ''krisensituation'' alarmiert wurde, waren schwachstromtechniker des rathauses dabei, zusaetzliche telefone in rekordzeit zu installieren.

19 uhr: oberbrandrat abules trifft im rathaus ein und alarmiert die feuerwehr.

19.02 uhr: vizebuengermeister hubert p f o c h und vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r treffen im krisenstab ein. sofort werden die bezirksvorsteher verstaendigt. sie aollten das amtssiegel mitbringen.

19.26 uhr: bezirksvorsteher von mariahilf, hubert f e i l n - r e i t e r mach das rennen und findet sich im rathaus ein.

19.28 uhr: der rathaus-pressediens wird alarmiert.

19.35 uhr: die erste meldung von der uebung wird via apa den zeitungsedaktionen uebermittelt.

19.40 uhr: polizeipraesident dr. karl r e i d i n g e r und generalinspektor der sicherheitswache, dr. guenther b o e g l treffen im krisenstab ein.

19.45 uhr: der krisenstab beschliesst, gesundheitsstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r zu verstaendigen.

19.55 uhr: alle verstaendigten bezirksvorsteher eingetroffen, mit ausnahme jener der bezirke 8, 18, 19, 21 und 23, die nicht erreicht werden konnten.

die kraftfahrerorganisationen arboe und oeamtc stellen sich spontan zur verfuegung. oeamtc stellt acht pannenfahrzeuge bereit

und haelt die kurzrufnummer 72 99 zur auskunftserteilung frei. weiters wird eine zweite kurzrufnummer fuer verlautbarungen angeboten.

20.15 uhr: militaerkommandant von wien, general karl s c h r e m s und planungsstadtrat fritz h o f m a n n finden sich im rathaus ein.

20.20 uhr: der bezirksvorsteher des 3. bezirks, jakob b e r g e r , trifft aus fohnsdorf kommend, im rathaus ein.

20.25 uhr: umweltstadtrat peter schieder gibt einen abschlussbericht, in dem er ausfuehrte: ''im grossen und ganzen hat dieser katastrophenuebungsalarm gezeigt, dass alle funktionaere und beamte sowie auch aussenstehende institutionen rascher reagierten, als wir eigentlich angenommen haben. somit kann man sagen, dass diese uebung ein voller erfolg war.''

Kommunal:Wiener Landtag beschließt Garagengesetz
=====

Wien, 22.11. (RK) Der Wiener Landtag hat Freitag einstimmig eine Novellierung des Wiener Garagengesetzes beschlossen. Wie Stadtrat Peter Schieder als Berichterstatter in Vertretung von Stadtrat Heller erklärte, würde durch diese Novellierung vor allem auch dem Umweltschutz und der Bewahrung des Stadtbildes Rechnung getragen.

Durch das neue Gesetz werde es möglich, beispielsweise in bestimmten Gebieten der Stadt ein Verbot des Tankstellenbaues auszusprechen. Gleichzeitig damit wird es aber möglich sein, in den Kellergeschossen von Tiefgaragen Zapfsäulen zu errichten. Dadurch würde, meinte Schieder, zweierlei erreicht: Es werde ein weiterer Anreiz für den Garagenbau gegeben und andererseits werde das Stadtbild geschont: Eine wesentliche Änderung sei auch die, daß künftig bei der Berechnung für die Verpflichtung, bei Neu- und Zubauten Abstellplätze zu schaffen, die Zahl der Wohnungen maßgebend sein werde. Bei Industrie- und Geschäftsbauten sei die Fläche der Aufenthaltsräume und bei Veranstaltungsräumen und Sportanlagen die Zahl der zulässigen Besucher maßgeblich. Die Ausgleichsabgabe als Ersatz für die Nichterfüllung der Stellplatzverpflichtung sei im Gesetz mit höchstens 80.000 Schilling begrenzt, doch würde die tatsächliche Höhe in der Durchführungsverordnung der Landesregierung festgelegt.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach sich grundsätzlich für diese Novellierung des Garagengesetzes aus. Er kritisierte jedoch die späte Beschlußfassung. Die Novelle sei verschleppt worden, denn bereits vor vier Jahren habe die Enquete stattgefunden, auf deren Ergebnissen das neue Gesetz basiere. Der Schaden sei in einem Manko zehntausender Stellplätze und in der Tankstelleninflation der letzten Jahre zu sehen. Die neue Bestimmung, daß ein Abstellplatz für 1,5 Wohnungen geschaffen werden müsse, halte er für richtig, hingegen stelle es eine Unterschätzung des Motorisierungsgrades der Studenten dar, wenn bei Studentenheimen für 300 Quadratmeter ein Einstellplatz gebaut werden müsse. Schließlich meinte Hirnschall, die Ausgleichsabgabe sollte nicht einheitlich für ganz Wien, sondern abgestuft für verschiedene Gebiete festgelegt werden. ./.

Abg. Dr. Krasser (ÖVP) erklärte, es sei bereits 1966 eine Novelle zu dem aus dem Jahr 1957 stammenden Garagengesetz ausgearbeitet worden, doch sei sie über höheren Auftrag damals wieder in der Versenkung verschwunden. Die Enquete im Jahr 1970 sei von ihm als damals Amtsführender Stadtrat angeregt worden, der Entwurf der Novelle sei 1971 fertiggestellt gewesen, aber danach magistratsintern hängen geblieben. Die Hauptschuld daran habe die Stadtplanung gehabt. Trotzdem sei mit allen Begutachtungen etc. die Novelle 1973 beschlußreif gewesen. Die Schaffung von nicht mehr überschaubaren Mammutgeschäftsgruppen habe jedoch auch bewirkt, daß erst jetzt der Landtag mit diesem wichtigen Gesetz befaßt werde. Als einen Erfolg seiner Fraktion bezeichnete es Dr. Krasser, daß in der Verordnung der Landesregierung die Ausgleichsabgabe nicht, wie vorgesehen gewesen, 60.000, sondern lediglich 50.000 Schilling ausmachen werde. Das neue Garagengesetz sei gewiß gut, bringe jedoch keine Sanierung der Wiener Verkehrsverhältnisse, was unter anderem fehle, sei auch ein Garagenförderungsgesetz.

Abg. Seeböck (SPÖ) hob besonders hervor, daß durch die Novelle das Stadtbild mehr als bisher bewahrt werden könne und daß durch etliche neue Bestimmungen der unnötige, prestigebedingte Konkurrenzkampf der großen Mineralölfirmen bei der Errichtung von Tankstellen ausgeschaltet werden würde. Dies komme in sehr hohem Maße dem Umweltschutz zugute. Die Stellplatzverpflichtung sei nun nur noch bei Neu- und Zubauten, nicht aber bei Umbauten gegeben, was einer Erleichterung vor allem bei der Revitalisierung der Altstadtteile gleichkomme.

Abg. Dr. Ebert (ÖVP) appellierte an den zuständigen Vizebürgermeister Pfoch, die Wohnbauförderungsbestimmungen an die neuen Richtlinien des Garagengesetzes anzupassen, da sonst eine nicht mehr zumutbare Mehrbelastung der Mieter und Wohnungseigentümer die Folge wäre. Bereits 1971 habe seine Partei ein Parkgaragenförderungsgesetz verlangt. So wie erst dieser Tage bei einer Veranstaltung der Konsumenteninformation jede Monopolisierung abgelehnt worden sei, so müsse auch ein Monopol beim Garagenbau in Wien durch eine gemeindeeigene Gesellschaft abgelehnt werden.

Als der für diese Gesellschaft zuständige Stadtrat erklärte Hans Mayr (SPÖ) die Stadt strebe kein Monopol an und sei jederzeit bereit, mit Privaten zu kooperieren. Die Stadtverwaltung werde sich zudem bemühen, zugleich mit Einführung der Parkometergebühr eine Garagenunterstützungsverordnung zu erlassen.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Schieder, ein gutes Gesetz hätte viele Väter. Was den Vorwurf der zu späten Beschlußfassung angehe, so heiße es immer bei "schnellen" Gesetzen, sie seien zu wenig verhandelt worden. Wenn aber in ausreichender Weise ein Entwurf ausdiskutiert werde, heiße es, er sei verschleppt worden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes).

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 22.11. (RK) Anschließend trat der Gemeinderat unter Vorsitz von GR. Schreiner (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 87 Geschäftsstücke. An Anfragen lagen zwei von der FPÖ vor. Ein Antrag der FPÖ betreffend Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Geschäftseinteilung des Magistrats

Den Antrag, in der Geschäftseinteilung für den Magistrat mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1975 einige Änderungen vorzunehmen und die neue Magistratsabteilung 55 Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx als Betrieb zu führen, referierte GR. Pöder (SPÖ). Er berichtete, daß die Änderungen nahezu alle Geschäftsgruppen, die Dienstaufsicht des Magistratsdirektors und die Magistratischen Bezirksämter betreffen. Grundsätzlich stellte der Redner fest, daß die Geschäftseinteilung ein lebender Organismus sei, der ständig den erforderlichen Notwendigkeiten angepaßt werden müsse. Die neu zu schaffende Magistratsabteilung 55, die das Fleischzentrum St. Marx umfaßt, ist der Mittelpunkt der Änderungen. Wenn nun die Schlachtung und Vermarktung in einem magistratischen Betrieb vorgenommen werden, sind wirtschaftliche Überlegungen dabei im Vordergrund gestanden. Für andere Änderungen waren vor allem rechtliche Gründe maßgebend - die durch neue Gesetze entstanden sind - wie etwa durch die neue Gewerbeordnung.

Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) übte zunächst daran Kritik, daß ein Jahr nach Festlegung der neuen Geschäftseinteilung bereits Änderungen erforderlich seien. Er bezeichnete die damalige Einteilung als übereilt und inkonsequent. Die Straffung der Verwaltung, der raschere Aktenweg, die damals versprochen worden seien - sie stimmten mit den Tatsachen nicht überein.

Im Detail kritisierte Goller, daß die Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern und die Festsetzung von Verpflegungskosten von der Geschäftsgruppe für Gesundheit und Soziales nunmehr der Geschäftsgruppe für Finanzen übertragen werden. Es sei

zu befürchten, daß dann nur fiskalische Gründe bei solchen Dingen Beachtung finden würden. Goller verlangte schließlich die getrennte Abstimmung über die Änderungen einerseits und die Schaffung der MA 55 andererseits.

GR. Hatzl (SPÖ) wies als nächster Debattenredner ausdrücklich darauf hin, daß die Änderungen im wesentlichen auf eine Reihe neuer Aufgaben der Stadtverwaltung zurückzuführen sind: durch die neue Gewerbeordnung, durch das Baumschutzgesetz, durch das Zivilschutzgesetz. Wenn nun zur MA 64 etwa auch Aufgaben einer umfassenden Landesverteidigung zufallen, so wird damit Vorsorge getroffen, daß in Krisenzeiten die Funktionsfähigkeit der Behörden sichergestellt wird, daß lebenswichtige Einrichtungen funktionieren, daß wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden, um einen gewissen Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern. Der Redner befaßte sich dann ausführlich mit den Auswirkungen des Zivildienstgesetzes. Um dieses neue Gesetz inhaltlich erfüllen zu können, ergeben sich für die Stadtverwaltung neue Aufgaben. Schon jetzt sind Vorbereitungen getroffen, daß etwa 500 Plätze für junge Menschen als Zivildienstler zur Verfügung stehen. Hatzl betonte, daß es nicht darum geht, auf diese Weise billige Arbeitskräfte zu bekommen, sondern daß dies zum Vorteil der jungen Menschen, die den Zivildienst vorziehen, und zum Vorteil der Stadt geschieht. Zur neuen Magistratsabteilung 55 stellte der Redner fest, daß damit die Versorgung der Bundeshauptstadt auf dem Fleischsektor quantitativ und qualitativ als wesentliche Aufgabe erfüllt wird. Die neue Organisationsform wird Einsparungen beim Personal bringen und damit eine finanzielle Einsparung von jährlich acht Millionen Schilling.

22. November 1974

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2850

Stadtrat Dr. Stacher (SPÖ) erklärte zur Kritik des StR. Goller, daß die Überlassung einiger Kompetenzen seines Ressorts an die Finanzgruppe auf eigenen Wunsch erfolgt sei. Es ist Aufgabe seiner Geschäftsgruppe, für Gesundheit und Soziales zu sorgen, aber nicht Finanzverhandlungen zu führen. Im übrigen werde sich die gute Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsgruppen dadurch nicht ändern.

Im Schlußwort kam GR. Pöder (SPÖ) nochmals auf die Einsparungen in St. Marx zu sprechen. Er stellte ausdrücklich fest, daß niemand dadurch um seine Existenz besorgt zu sein brauche. Eine Freisetzung des Personals werde nach den üblichen Grundsätzen und bei voller Wahrung der Rechte erfolgen.

Die Abstimmung erfolgte dann getrennt. Die Änderungen in der Geschäftseinteilung wurden mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ beschlossen. Die Schaffung der MA 55 wurde einstimmig beschlossen.

Theaterförderung

Eine Vorleistung für eine noch zu bemessende Subvention in der Höhe von 600.000 Schilling für das Theaterensemble "Die Komödianten im Künstlerhaus" beantragte GR. Herbert Mayr (SPÖ).

Dr. Erika Danzinger (ÖVP) warf der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Theaterförderung und vor allem im Zusammenhang mit der Unterstützung der Avantgarde Improvisation und Konzeptlosigkeit vor. Die Gemeinderätin brachte den Antrag ein, Schritte zu unternehmen, daß im Zusammenwirken von Bundestheaterverwaltung, Privattheater und den zuständigen Stellen Wiens ein echtes Theaterkonzept erarbeitet wird.

Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) wies den Vorwurf der Konzeptlosigkeit zurück: Bei der Theaterförderung werde das "was", das "wie" und das "wieviel" sehr genau abgeschätzt. Sie sei aber auf jeden Fall dagegen, Wiens Supertheaterdirektor zu sein oder der Superfürsorger für Wiener Avantgardekünstler.

GR. Herbert Mayr deponierte seine Meinung, daß beim experimentellen Theater Improvisation zur Selbstverständlichkeit gehöre. Von Konzeptlosigkeit könne keine Rede sein. Die rund 70

Millionen Schilling, die die Stadt Wien in diesem Jahr für die Theaterförderung ausgibt, würden nach sorgfältiger und genauer Planung verteilt.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP zur Erstellung eines Theaterkonzeptes wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Hauskauf

GR. Bednar (SPÖ) referierte den Antrag, das Haus Malzgasse 1 in der Leopoldstadt um 1,3 Millionen Schilling zu kaufen. Die sehr argen sanitären Mißstände machten den Hauskauf notwendig. Das Haus soll abgerissen werden.

GR. Krenn (FPÖ) schilderte die Vorgeschichte dieses Kaufs. Ursprünglich habe der Magistrat einen Kaufpreis von 750.000 Schilling als äußerstes Angebot bezeichnet. Die Hauseigentümer hätten jedoch ihre Forderung durchgesetzt. Obwohl die FPÖ grundsätzlich gegen Enteignungen sei, wäre es in diesem besonderen Fall doch richtig gewesen, den Paragraph 41 der Bauordnung anzuwenden, der die Enteignung eines gesundheitswidrigen oder baufälligen Hauses ermögliche.

GR. Bednar erwiderte, daß die Beseitigung der Mißstände in diesem Haus dringend notwendig gewesen sei. Eine Enteignung hätte, wenn sie überhaupt gelungen wäre, mindestens zwei bis drei Jahre gedauert.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

Förderung von Betriebsansiedlungen

Die Aufstockung des Kreditvolumens der Industrieansiedlungskreditaktion um 100 Millionen Schilling und der Großhandelsbetriebskreditaktion um 50 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderat einstimmig auf Antrag von GR. Sallaberger (SPÖ).

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) hatte in seinem Debattenbeitrag auf die Bedeutung dieser Kreditaktion hingewiesen und in diesem Zusammenhang eine Erweiterung auf weitere Branchen, wie etwa Speditions- und Transportunternehmungen, gefordert.

Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage

Über Antrag von Vizebürgermeister Pfoch (SPÖ) beschloß der Gemeinderat ebenfalls einstimmig sodann die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage auf den E-Werksgründen im 2. Bezirk, Engerthstraße - Handelskai. Die neue Wohnhausanlage wird unter anderem 1.062 Wohnungen enthalten. Die voraussichtlichen Kosten werden 830 Millionen Schilling betragen.

GR. Bednar (SPÖ) bezeichnete die Errichtung dieser Wohnhausanlage als ein positives Beispiel für eine sinnvolle Stadterneuerung. Damit könne ein Stop der Abwanderungen der inneren Bezirke erreicht werden.

(Ende des Sitzungsberichtes).

- - -

k o m m u n a l :

=====

fdp-fraktionsfuehrer im wiener rathaus

10 wien, 22.11. (rk) in vertretung von buergermeister leopold gratz empfing vizebuergermeister hubert p f o c h den in wien weilenden klubobmann der fdp-fraktion im deutschen bundestag, wolfgang m i s c h n i c k , der vom deutschen botschafter in wien, horst g r a p o r t , und von den fpoe-gemeinderaeten dr. h i r n s c h a l l und b a u e r begleitet wurde, im wiener rathaus zu einer laengeren aussprache ueber kommunalpolitische fragen.

1428

l o k a l :

=====

aviso an die redaktionen: terminaenderung

6 wien, 22.11. (rk) die vorstellung der neuen mond- und sonnenfinsternis-projektoren des wiener praterplanetariums am kommenden dienstag, dem 26. november, muss von 14.00 uhr auf 14.30 uhr verschoben werden. die neuen geraete werden bei der pressefuehrung von vizebuergermeisterin und kulturstadtraetin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r offiziell in betrieb genommen werden. wir bitten sie daher nochmals, termin und ort vorzumerken:

zeit: wiener praterplanetarium.

ort: dienstag, 26. november, 14.30 uhr.

1345

k u l t u r :

=====

ehrennische fuer helene thimig

7 wien, 22.11. (rk) in einer nische, die ehrenhalber von der gemeinde wien auf dem wiener zentralfriedhof gewidmet wurde, wurde diese woche die urne der kuerzlich verstorbenen schauspielerin helene t h i m i g beigesetzt. die beisetzung in der ehrennische erfolgte auf wunsch der verstorbenen praktisch unter ausschluss der oeffentlichkeit.

1350

Kommunal:

(1974)

Wien: Budget für die Straßensanierung
Sonderkassen für die Straßensanierung und Pflanzarbeiten
Die von der Stadtverwaltung der Stadt Wien
Eingereichte Projektarbeiten
Behörden: Straßensanierung, Bezirksamt Friedhof
soll nicht länger so werden
Die Wiener Bürger sollen...

Land:

(1974)

Wien: Arbeiterkammer feiert Jubiläum
Wiener Volkstheater feiert an diesem Tag

Kultur:

(1974)

Prof. Hansel Braun von der Universität
Nachdem Schultheaterfesten schon 1973

Stefan von Bismarck: 12.900/1971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 12.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14
bis 17 Uhr, übrige Tage: Sonntag